

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b.
Preis 12 Groschen

MAHRUF

Organ der Kommunistischen Linksoption

3. Jahrgang

Wien - Graz, Mai - Juni 1931

Nummer 10

An der Schwelle eines neuen Krieges.

Herr Briand ist gestürzt worden. Als Sieger bei der französischen Präsidentschaftswahl ist Herr Doumer, der Kandidat der Rechten, gewählt worden. In der öffentlichen Abstimmung in der Kammer war Briand kurz vorher noch Sieger. Aber in der geheimen Abstimmung in Verantworte wandte sich das Blatt gegen ihn.

Den Ausschlag für diese Wendung von Briand zu Doumer, deren symptomatische Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, haben die Kapitalsozialisten, geführt von Daladier und Herriot gegeben. Sie, die in der Kammer Briand unterstützt, haben in Versailles Briand gestürzt. Was sie offen, angesichts harter Einkassierungen im Lande, nicht wagten, haben sie bei der Geheimabstimmung getan.

Was bedeutet der Übergang von Briand zu Doumer, die Rechtsentwicklung der Partei Herriots und Daladiers? Die linksbürgerliche Presse und vor allem „Arbeiter-Zeitung“ und „Arbeiterwille“ sehen in Briand den Mann des Friedens, der Pan-Europa-Idee. Das war Briand gewiß nicht. Briand war ein nicht minder kriegerischer französischer Rationalist, als Doumer, ein nicht minder ergebener Agent des französischen Kapitalgehorbes, als Herr Doumer. Warum also die scharfe Wendung der französischen Bourgeoisie von Briand zu Doumer? Der Unterschied der Briandischen Außenpolitik von der kommenden ist kein prinzipieller, sondern nur ein gradueller: Briand hatte gehofft, noch längere Zeit mit den Mitteln des französischen Kapitalgehorbes die Hegemonie Frankreichs in Mittel- und Süd-Europa zu festigen und gestützt auf einen festen, wirtschaftlich, militärisch und politisch von Frankreich abhängigen Block in Europa (Pan-Europa) in die nächste imperialistische Auseinandersetzung zu gehen. Ist es gegen Italien, sei es gegen Rußland.

Der deutsch-österreichische Zollvertrag, das gewaltige Wachstum des neudeutschen Imperialismus, der sich wirtschaftlich in den Stabilisierungsjahren 1924-1928 ungeheuer gestärkt und allein in diesen 5 Jahren 28 Milliarden Mark neues Kapital gebildet hat (trotz der ca. 10 Milliarden Mark Reparationszahlungen) und sich im Faschismus eine neue aktiv-imperialistische Massenbewegung geschaffen hat, der Übergang des neudeutschen Imperialismus zu einer aktiven Außenpolitik in Südost-Europa, die die kleine Entente zu sprengen droht, da der zollpolitische Anschluß an eine deutsch-österreichische Wirtschaftseinheit ein Ventil für die in der Agrarkrise stehenden Staaten wie Rumänien, Jugoslawien ist diese Entwicklung hat die französische Bourgeoisie alarmiert. Die Politik der „friedlichen Durchdringung“ Mittel- und Südost-Europas, die Politik Briands, hat Schiffbruch erlitten. Der Sturz Briands, der Übergang zu Doumer ist die Quittung. Auf den ersten, selbständigen imperialistischen Schritt Deutschlands antwortet das imperialistische Frankreich mit dem Übergang zu Doumer. Briand das ist der Agent zum Friedensstie-

hen, Doumer zum Kriegserklären. Beide sind notwendige Werkzeuge der imperialistischen Politik. Jetzt tritt dies offene kriegerische Werkzeug in den Vordergrund.

Gewiß: In Genf hat es sich sehr rasch gezeigt, wie schwach die außenpolitische Position des deutschen Imperialismus ist. Der deutsch-österreichische Zollvertrag wird dem Internationalen Gerichtshof in Haag zugewiesen und die Rechtsgelehrten des französischen, britischen, amerikanischen Imperialismus werden ein „entsprechendes“ Urteil fällen, das die Unvereinbarkeit der Genfer Protokolle von 1922 mit dem deutsch-österreichischen Zollvertrag feststellen wird. Man wird Österreich „rügen“ und Deutschland „in-

nen. Aber damit ist die Frage nicht zu Ende, damit beginnt sie erst. Der deutsche Imperialismus, der nur 50 Prozent seiner Fabriken beschäftigt hat, der die Reparationen durchzuführen hat, muß bei Strafe der Vernichtung nach neuen Expansionsmöglichkeiten suchen. Er stößt damit auf die Interzessionsgebiete Englands, Frankreichs usw. Der Kampf um die Neuverteilung der Absatzgebiete und der Rohstoffquellen wird sich im Prozeß der Weiterentwicklung der Weltmarktkonflikte ungeheuer verschärfen. Am Ende dieser Entwicklung steht der neue imperialistische Weltkrieg, möglicherweise zunächst ein gemeinsamer imperialistischer Überfall auf die Sowjetunion.

Diese Entwicklung ist zwangsläufig, das heißt sie ergibt sich mit absoluter Gesetzmäßigkeit aus der Natur des Kapitalismus. Kein pazifistisches Hetzen, kein reformistisches Zureden vermag diese Entwicklung aufzuhalten.

Der Krieg ist unvermeidlich solange der Kapitalismus herrscht. Aber auch nur so lange! Die Überwindung des kapitalistischen Systems, dessen wahrnehmbare Widersinnigkeit gerade die jegige Überproduktionskrise mit ihrem Hunger der Millionen Arbeitslosen aufzeigt, wird zur Lebensfrage der Arbeiterklasse, der gesamten Menschheit. Aber diese Überwindung des Kapitalismus erfordert, daß die Arbeiterklasse zunächst ihre kleinbürgerlich-demokratische Illusionen überwindet, daß sie erkennt, daß der Kampf gegen den Kapitalismus und Krieg nicht anders geführt werden kann, als revolutionär, unter den Fahnen des Kommunismus.

Muzikfriedenheit im Grazer Schugbund.

Ein revolutionärer Schugbündler schreibt uns:

Am Vorabend des 1. Mai bekamen die Schugbündler die Weisung, die Aseckzüge in den Bezirken zu begleiten. Die Beteiligung war so schwach, daß von einer Kompanie (zirka 100 Mann) nur 10 Mann dem Befehl Folge geleistet haben. Selbst am ersten Mai ist die Beteiligung um 50 Prozent niedriger gewesen als der Mannschaftszustand. Wir, die marschieren sind, haben uns geschämt, ein solches Theater unter Führung dieser Kleinbürger mitzumachen. Einige Schugbündler, die offen für den Kommunismus agitierten, wurden überall mit Verständnis unterstützt.

Demokratie und Kreditanstalt.

Das Volk hungert, aber tausenden wird die letzte Unterstützung entzogen, in den Vertrieben geht ein ununterbrochener Lohraub vor sich, die Fürsorgetätigkeit wird eingeschränkt, der Staat droht mit neuen Steuern und Abgaben, um sein Defizit zu decken, die Kleingewerbetreibenden gehen in Konkurs, den Arbeitslosen wird die schlagliche Unterstützung gekürzt, vergebens warten die Kleinrentner auf die Aufwertung ihrer wertlosen Papiere, täglich gibt es Selbstmorde und Verzweifelte, die ihrem „Leben“ ein Ende machen wollen, die Massenverelendung nimmt immerwährend zu, Krankheit, Ziehung und Unterernährung sind im proletarischen Haushalt ein zudringlicher Gast.

Abbau der sozialen Lasten, verreckte Prolet, die Wirtschaft muß gerettet werden, das ist der Schlußruf der Bourgeoisie. Herunter mit den Löhnen, fröh Brot und Wasser, Lohnsklave, aber die Industrie muß konkurrenzfähig sein, so sagen die Industrieherrn. Notopfer für die Landwirtschaft, Steuern und Zölle für die Staatsinteressen und Polizei, Panzerauto und Straheldraht für die Ruhe und Ordnung, verlangt die hohe Regierung.

Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt . . . droht die demokratische Staatsmacht.

„Es geht auch ohne Notverordnungsrecht. Die parlamentarische Demokratie hat ihr Verantwortungsgefühl, ihre Fähigkeit und ihren Mut zu schnellem und entschlossenem Handeln, wie in jeder gefährlichen Krise, auch diesmal gezeigt.“

Arbeiter-Zeitung vom 15. Mai.

„Es ist aber um so notwendiger, daß diejenigen, die die Verantwortung tragen, gerade in den Zeiten der Gefahr den Beweis erbringen, daß die Demokratie fähig ist, auch solche Zeiten verantwortungsbewußt zu übersehen.“

Rede des Bundeskanzlers in der Nacht vom 13. auf 14. Mai.

Also doch. Es hat die Demokratie mit der Not des Volkes Erbarmen gehabt??? Was ist geschehen? Die Arbeiter-Zeitung vom 14. Mai unterrichtet das vorleidende Volk:

„Der Nationalrat hat nach Mitternacht das Gesetz über die Stillmaßnahmen für die Kreditanstalt mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien beschlossen. Die Sozialdemokraten stimmten gegen das Gesetz. Die sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge wurden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.“

Das Erbarmen für jenen vorleidenden Teil des Volkes, der aus Aktienbesitzern und Verwaltungsräten der Reichsbank besteht, war so groß, daß das hohe Haus sogar auf die Nachruhe verzichtete hat. Der „arme“ Staat, der den Arbeitslosen die Unterstützung raubt, selbst ein Defizit von 150 Millionen Schilling hat, den Bundesangehörigen die Gehälter reduziert und mit einer Gehaltsbeförderungssteuer belasten will, derselbe Staat hat für die vorleidenden Großaktionäre der Reichsbank 150 Millionen kassig gemacht, wovon er 41,4 Millionen Schilling glatt schenkt und das übrige Kapital in Aktien anlegt. Den Aktionären werden, die auf ein Äußerst ihres Wertes gesunkenen Aktien aufgewertet (von 25 Millionen auf 88,1 Millionen Schilling). Und der Goldwiesel in Paris hat der Regierung für teure Zinsen und dem Verprechen, in Zukunft arthier zu sein, das nötige Taschengeld als Anleihe vorgesichert. Damit ist das Volk gerettet. Der „Höhepunkt“ der Krise ist mit der Sanierung der Aktionär-Würger und mit einem Loch im Staatsfädel, das zuzustopfen dem Nicht-Aktionär-Würger ansteht, überwunden. Jeder bekam seinen Teil,

die Reichsbankaktionäre ihr Geld und die andern die es bezahlten . . .

Nie alles gut gelungen war, stellt sich heraus, daß dem hohen Haus ein historischer Fehler unterlaufen ist. Es hat die sozialdemokratischen „Verbesserungsanträge“ abgelehnt. Man höre und staune, was die „Arbeiter-Zeitung“ dazu sagt:

Nachdem sie berrübt feststellt, daß der Bund nur 74,6 Millionen Schilling in Aktien anlegt und den übrigen Betrag glatt verschenkt, und sich dadurch die Mehrheit der Aktien entgegen läßt, obwohl er zwei Drittel des zur Sanierung notwendigen Kapitals hergibt, schlußfolgert das Zentralorgan der Sozialdemokratie:

„Darüber hinaus aber ist es notwendig, daß das ganze arbeitende Volk, daß vor allem die Arbeiterklasse die Bedeutung der Entwicklung vom Privat- zum Staatskapitalismus, die sich zu vollziehen beginnt, verstehe. Wenn die Arbeiterklasse die Staatsmacht erobert, dann wird sie durch den Staat die Großbank, durch die Großbank die Fabriken beherrschen, in denen sie arbeitet. Wenn die Arbeiterklasse die Macht im Staate erobert, schlägt der Staatskapitalismus um in den Sozialismus.“

Also, die Heile des Herrn Reichsbank hätten die epoptischen Zauberkünster, Otto Bauer u. Co., in Sozialismus verwandelt, wenn sie nicht die bürgerlichen Bösewichte daran gehindert hätten. Die fertige Formel lautet: Sanierung der Reichsbank plus Aktienmehrheit für den Staat ist Sozialismus. Was für ein „Stümper“ war doch Karl Marx, der drei dicke Bände über das Kapital schrieb und dabei diese einfache, simple Formel nicht entdeckt hat?

Es ist einfach paradox, daß diese Formel 1919, wo doch die revolutionären Arbeiter so stürmisch die Sozialisierung verlangten und Otto Bauer mit Seipel in der Sozialisierungskommission saßen, nicht angewendet wurde? Damals delaminierten die Otto Bauer und Co., man könne den Bankrott, den der Weltkrieg hinterlassen habe, nicht sozialisieren. Die Kapitalisten mögen die Wirtschaft wieder aufbauen, dann werde sich darüber reden lassen. Und so kam die kapitalaufbauende Nationalisierung, die zur gegenwärtigen, auch nicht nach dem Weltkrieg dagewesenen, Wirtschaftskrise geführt hat. Und siehe da, jetzt orakelt Otto Bauer von Sozialismus, jetzt, wo er die österreichische Arbeiterklasse in diesen Zumpf geführt hat, soll der Sozialismus — was für Wunder — durch Sanierung von Großbanken entstehen.

Nicht Sozialismus, sondern neue Arbeitslosigkeit, neuen Hunger und Elend, neuen Lohraub und Raub der sozialen Rechte, neue Zölle und Massensteuern, verstärkte Ausbeutung des Proletariats, wird das Ergebnis der Reichsbanksanierung sein.

Mit diesem erbärmlichen, heuchlerischen und demagogischen Geschwätz vom „entgangenen Sieg des Sozialismus“ durch Ablehnung der sozialdemokratischen „Verbesserungsanträge“ will die Sozialdemokratie das Proletariat über den Hungertod der Bourgeoisie und die eigene Kaskadenrolle hinwegtäuschen und mit erbärmlichen Illusionen vom Klassenkampf abhalten.

Um zu ermeffen, wie weit die Sozialdemokratie vom Marxismus, d. h. von dem Programm, das sie einst vertreten hat, entfernt ist, seien die von Wilhelm Piecknecht 1889 gesprochenen Worte in Erinnerung gebracht:

„Glauben Sie, daß der Reichstag seine Rednertribüne als Katheder gebrauchen läßt? . . . An eine gesetzgeberische Einwirkung . . . ist nicht zu denken. — Die Braue und Konjoren wissen sehr gut, was sie wollen. Ihnen gegenüber, wie überhaupt den im Reichstag fast ausschließ-

lich vertretenen herrschenden Klassen gegenüber, ist der Sozialismus keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machfrage, die in keinem Parlament, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfeld zu lösen ist, nicht jeder anderen Machfrage.“

Frey im Sumpf.

Wir haben schon des öfteren die politischen Positionen Freys im „Wahnwitz“ einer Kritik unterzogen, aber nicht einmal hat Frey darauf reagiert. Um so lebhafter reagiert Frey auf jene düsteren Däse, die von Sumpfen aufsteigen. Unsere Feststellungen im Wahnwitz Nr. 9 haben Frey wieder außer sich gebracht. Um sich über die erlittene Schande bezüglich seiner „Enthüllungen“ über die angeblichen Kapitulationsverhandlungen der Wahnwitzgruppe mit dem J. A. einen Trost zu verschaffen, veröffentlicht Frey in der „Arbeiter-Stimme“ ein verlogenes Epistel der Kapitulanten (Ziff u. Co.). Er erübrigt sich daran einzugehen, denn Kapitulanten haben immer noch Gestalt hinter sich zurückgelassen.

Wir wollen aber bei dieser Gelegenheit ersten Worten Raum geben. Das Nidrau, auf dem sich das politische Leben Freys abspielt, ist nicht moralisch, sondern nur politisch zu erklären und reicht auf Jahre zurück.

Die Rückenwindung Freys zu einem linken Sozialdemokraten, die er durch radikale Nebenarbeiten zu überwinden suchte, war uns im Juni 1927 klar, als Frey mit einer schwachen Mehrheit gegen die Linken es durchsetzte, daß den Genossen in Bozberg empfohlen wurde, die Annulierung ihrer Gemeinderatskandidaturen durch die SP. damit zu beantworten, sozialdemokratisch zu wählen. Wir Linken haben bereits damals den schärfsten Kampf gegen diesen Opportunismus geführt.

Frey versuchte sich 1928/29 an Brandler anzuknüpfen, 1929 machte er den Brünner Liquidatoren den Hof und 1930 warf er schließlich für einen möglichen Bloß mit Tomann die Internationale Linksopposition über Bord.

Wir haben es im Fall Frey um eine internationale Erscheinung zu tun: die Entartung der kommunistischen Bewegung führt dazu, daß eine Reihe von Gruppen, die in der aufsteigenden Welle zum Kommunismus aufstiegen, enttäuscht sich wieder auf ihre Ausgangsposition zurückentwickeln. In Deutschland sehen wir dies bei der Gruppe Brandler, die den Typus der revolutionären Kräfte der Vorkriegssozialdemokratie wiedererschaffen läßt. In Frankreich zeigt sich dieselbe Entwicklung in der Form des Reopndialismus der Gruppe um Monarte und in Österreich repräsentiert Frey diese Rückenwindung in politischer Beziehung verstärkt durch individuelle Züge. Die Frey stets anhafteten und die ihn zu einer negativen Erscheinung auch innerhalb der SP. machte.

Wir haben uns immer wieder bemüht, durch ernste und nachhaltige Warnungen Frey vor jener pathologischen Ueberspanntheit zu helfen, die ihn stets jedesmal verließen ließ und ihn niemals als Meister der Situation zeigte, sondern als trauriges Objekt aller auf ihn einströmenden Kräfte und Einflüsse, unter denen er in jeder entscheidenden Situation zusammenbrach. Wenn er im Bewußtsein der Parteigenossen der „Blutthund von 1919“ ist, so dankt er dies nicht nur der zügellosen Demagogie seines vergangenen und ersehnten Bloßpartners Tomann, sondern zu einem gewissen Grad auch jener Maßlosigkeit und Uebertriebung nicht in Taten, sondern nur in Worten, die stets das Zeichen revolutionärer Kleinbürgerlichkeit, niemals aber Ausdruck revolutionärer Entschlossenheit sind und die er nicht nur in den Junitagen 1919 an den Tag legte.

Frey kann uns nur einen Vorwurf machen: daß wir nicht jede Einigung mit ihm grundsätzlich ablehnten.

Aber auch dieser Vorwurf trifft nicht zu. Denn eine solche Einigung bedeutete nicht eine Umwertung seiner Person, sondern, so lange die Freygruppe noch ein ernster politischer Faktor war eine politische Konvention, um die guten Genossen zu überzeugen, die ihm folgten.

Wir sprechen Frey nicht revolutionäres Wollen ab. Aber in der Politik und schon gar in der revolutionären kommt es niemals darauf an, was man will, sondern ausschließlich auf die Taten.

Und die objektive Wirkung freyhischer Politik ist: Zerlegung, Liquidation, Prinzipienlosigkeit, Opportunismus. Aus seiner Schule sind die Rechten in Österreich hervorgegangen (Schlamm, Schönfelder), aus seiner Schule die Prinzipienlosigkeit der Apparatreutoren (Hermann, Nürnberg, Donauer) und schließlich das Kapitulantenentum der Ziffleute.

Darum mußten wir es ablehnen, als Genosse Troyst im November 1930 als Basis einer Einigung die Amnestie für die Vergangenheit vorzuschlug.

Wir waren uns bewußt, daß es hier nicht um kleinliche, fraktionsegoistische Spekulationen gehen dürfte, sondern daß die Zukunft des Kommunismus in Österreich verlange, daß die Sünden des Opportunismus nicht unter dem Mantel einer Verjährungskomödie verborgen, sondern offen und rückwärtslos liquidiert werden.

Wir haben stets ehrlich und offen unsere Fehler eingesehen und unsere Dummheiten, die wir machten, korrigiert. Wir haben aus einer zehnjährigen Erfahrung mit Frey gelernt, daß seine Fehler nicht zufälligen und einmaligen Charakter tragen, sondern Ausdruck seines organischen Opportunismus sind. Und darum jagen wir Frey nochmals, ohne Leidenschaft und Beschäftigung, daß es zwischen ihm und uns keine andere Beziehung geben kann, als Kampf, unveröhnlicher Kampf: eine Erkenntnis, gegen die wir uns noch 1930 sträubten, die durch sein Verhalten im Herbst 1930 (Bloßspekulation mit Tomann) aber nunmehr endgültig und unwiderruflich ist.

Was uns Arbeiter schreiben.

Ich dulde nicht, daß meine Angestellten rote Ketten tragen.

Greiner, gewesener Gewerkschaftssekretär der freien Gewerkschaft für das Gast- und Schankgewerbe, wurde von Muchitsch und Genossen zum Inhaber des „Hotel International“ eingesetzt. Man hört seit der Zeit, wo Greiner das Hotel übernahm, von vielen Angestellten, daß es bei einem bürgerlichen Unternehmen besser wäre als bei Greiner im „International“. Als der Speisenträger Haack am 1. Mai das Hotel „International“ mit einer roten Kette auf der Brust betrat, kam die Frau des Greiner und rief Gen. Haack die rote Kette von der Brust und jagte: „Ich dulde nicht, daß meine Angestellten rote Ketten tragen“. Gen. Haack steckte die rote Kette wieder auf, darauf kam der „Ober“ Strüßl und rief ihm die Kette im Auftrage der Frau Greiner noch einmal herunter: auch der „Ober“ forst mußte, um seine Kasketenrolle zu zeigen, dabei sein. Der gewesene Gewerkschaftssekretär, „Hoteltier“ Greiner, versteht auch gut die Lehrlinge anzunutzen. Die Kochlehrlinge dürfen nicht zu ihrer Zeit nach Hause gehen: Frau Greiner gibt den Lehrlingen nach 10 Stunden Arbeitszeit noch weitere Arbeiten, so daß die Jungen ganz erschöpft sind. Sie jagte, es ist keine Zeitenheit, daß Kellnerlehrlingen 14 bis 16 Stunden ohne Unterbrechung arbeiten müssen. Der Piffolo, Willi Entenberger, mußte am 1. Mai von 8 Uhr früh bis 12 Uhr nachts ohne Entschädigung arbeiten, so daß der Lehrling am Abend dem Umfallen nahe war. Nachträglich wollte Greiner mit Strüßl und Strüßl Haack zwingen.

die Geschichte mit der Kettengerunterreißerei als unwahr hinzustellen. Hadd ließ sich aber nicht einschüchtern.

Zeit der kurzen Zeit des Bestandes des Hotel „International“ wurden schon über 40 Angestellte entlassen.

Die Angestellten fragen den Landespartei Vorstand, den Vorstand der Gewerkschaft des Wasch- und Schanzgewerbes sowie Herrn Gen. Bürgermeister Muchitsch und Mühl als Mitinhaber des Hotel „International“, ob Herr Greiner weiter als Musterunternehmer wirken soll. Wir verlangen, daß Greiner zur Verantwortung gezogen wird. Was sagen die Genossen der Jugendfürsorgestelle in der Arbeiterkammer zu dieser Lehrlingsausbeutung? Ein Angestellter.

Trojaner Lohnraub in der Metallindustrie.

Der Grazer Industriellenverband kündigt den Grazer Metallarbeitern bis 31. Juli den Vertrag. Die Unternehmer können nicht länger zusehen, daß der Metallarbeiter noch ein Stück Fleisch zu essen hat: sie wollen ihm auch das noch rauben. Die Industriellenherren ipetullieren sich sehr schlau aus: zuerst schiden sie das Kleingewerbe in der Metallbranche voran, z. B. die Bauischlöcher, denen wurde der Vertrag gelündigt und seitdem haben die Bauischlöcher einen vertragelosen Zustand. Die Herren Meister lehnen es grundsätzlich ab, einen neuen Vertrag zu unterfertigen. Der Industriellenverband der Groß- und Mittelindustrie will die letzten Widerstände für seine Lohnraub-offensive niederreißen. Das Beispiel von Wien, wo in der Elektroindustrie und in einer Reihe anderer Betriebe dieöhne um 6 Prozent gekürzt wurden, scheint den Industriellen besonderen Mut einzuspißen. Es gilt, jetzt schon den Widerstand zu organisieren.

Müssen die Kinder des Boromäum der Mariakirche besehen?

Auf dem Heimwege durch die Schönaugasse sah ich circa 30 Knaben, Pfleglinge des Boromäum, unter Führung einer Arzuz-Schwester der Josefs-Kirche zustreben. Eine Empörung wurde in mir wach; es war schon halb 8 Uhr und ein ziemlich früher Abend, viele von den Kindern hatten nicht einmal einen Mantel. Ich möchte an die proletarische Lessenlichkeit die Frage richten, ob für die Kinder nicht das warme Bett und der Schlaf gesünder wäre als der kalte Steinboden der Josefs-Kirche.

Ein Metallarbeiter.

Wie die Gemeinde Graz für ihre Armen sorgt!

Die ausgeheuertten Arbeitslosen werden von der Industriellen Bezirkskommission zur Weiterverforgung an ihre zuständigen Gemeinde verwiesen, welche nach dem Heimatsgesetz, der Gemeindeverordnung vom 21. September 1869 laut §§ 22, 24 und 26 sowie nach § 33 und 36, verpflichtet ist: Personen, welche unverschuldet ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können, durch ausreichende Unterstützung oder Beschaffung von Arbeit das Leben zu ermöglichen. Wie die Gemeinde Graz die Arbeitslosen mit Arbeit versorgt, davon können die Arbeitslosen ein Urtheil fingen: statt Arbeit den Gummihütel! Wie aber die Gemeinde die ausgeheuertten Arbeitslosen und Gemeindecarmen mit Unterstützung versorgt, das sportet jeder Beschreibung. Nach drei, bis sechsständigem Warten bekommen die ausgeheuertten monatlich zwei bis drei oder vier bis fünf Schilling höchstens. Die Rentner erhalten monatlich, wenn sie über 60 Jahre und fränklich sind, 10 bis 20 Schilling, mit 80 Jahren bekommen sie 30 Schilling monatlich. Die Verhandlung bei der Auszahlung der Unterstützung ist derart brutal, daß viele Heber verhungern, als daß sie sich so behandeln lassen. Der Amtsrat und Doppelverdiener, ehemaliger Offizier der k. k. Armee, Jodlich, haust mit Feldwebelmethoden. Trotz der vielen Beschwerden, die von den Arbeitslosen über die Mißstände gemacht werden und dem Herrn Bürgermeister diese Zustände hinreichlich be-

kannt sein müßten, hat man bis jetzt nichts veranlaßt, um diese Zustände zu beseitigen. Man muß annehmen, daß die Gemeinde die Methode des Herrn Jodlich zu schätzen weiß, weil dadurch auf Kosten der Ausgehauerten und Armen viel erspart wird.

Was hätte die Sozialdemokratie zu solchen Zuständen noch vor dem Arlege gesagt? Und jetzt...

Kriegsvorbereitungen auf der ganzen Welt.

Amerika beabsichtigt, zu Kriegszwecken Riesensluftschiffe zu bauen, die zweimal so groß wie der Zeppelin sein sollen. Dieser Tage wurde ein Riesentampfflugzeug vorgeführt, das mit sechs Maschinengewehren und 500 Stück Gasbomben ausgerüstet war und mit der Besatzung in einer Stunde 300 Kilometer zurücklegte. In Deutschland ist der Panzerkreuzer A, der mit den Stimmen der Sozialdemokraten von der Müller-Regierung erbaut wurde, als erster einer ganzen Serie im Bau befindlicher Panzerkreuzer, ausgerüstet mit den raffiniertesten Mitteln der Vorkriegstechnik, vom Strappel gelaufen. Die Ausgaben für Kriegsvorbereitungen sind auf der ganzen Welt im Vergleich der Vorkriegszeit um 80 Prozent gestiegen. Und da wagt man das Volk mit pazifistischen Phrasen vom Friedenswillen der Staatsmänner zu füttern. Und all das nach dem mörderischen Weltkrieg, der acht Millionen Tote, unbeschreibliche Verwüstungen und Greuel verursacht, abermillionen Menschen zu Krüppel geschossen hat und jetzt mit dem Hunger des Proletariats als Kriegeslasten bezahlt werden muß. Daher Bürgerkrieg dem imperialistischen Krieg.

Ein Metallarbeiter.

Alford oder produktive Erwerbslosenfürsorge?

Die Grazer Gemeindegewohnbauern werden zum Teil aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge erbaut. Den Unternehmern ist der Profit zu niedrig, deshalb fordern sie 15prozentigen Lohnraub und wollen die Bauarbeiter auf den Gemeindegewohnen zu Alfordarbeit zwingen. Diese Absichten der Unternehmer laufen dem Sinne des Gesetzes zuwider, das ja zu dem Zweck geschaffen wurde, recht vielen Arbeitern Arbeit zu verschaffen. Das soll durch die Alfordarbeit verhindert werden und den Unternehmern Extraprofit auf Kosten der arbeitelosen Bauarbeiter verschaffen. Was für eine Stellung nimmt der sozialdemokratische Bürgermeister zu diesem Unterfangen der Bauherren ein? Die Bauarbeiter müssen dieses Vorhaben der Unternehmer durch geschlossenes Vorgehen vereiteln.

Ein Frauenausbenter.

Die Firma Grisch, Metallehandlung, Mariakbiserstraße, Graz, nimmt auch im Ausbenten der Frauen und Mädchen den ersten Rang ein. Solle 30 Groschen pro Stunde zahlt diese teine Firma ihren Arbeiterinnen: dabei muß jede Frau ausgesprochene Männerarbeit leisten. Mit einem schwer beladenen Schubkarren 2-4 Metergenner (200-400 Kilogramm) müssen die Frauen wie ein Pferd ziehen. Arbeiter, Arbeitslose von Graz, merkt euch diesen Frauenausbenter. Es wird die Zeit kommen, wo Herr Grisch vom Proletariat die Antwort bekommt.

Eine Arbeiterin.

Wiener Genossen

erscheint am Freitag, den 29. Mai, in Wiesers Gasthaus, Alserstraße 59, um punkt 7 Uhr abends.

Alle Genossen müssen pünktlich erscheinen.

Eigenümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, 5. Bez., Gartengasse 1. Verleger, Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Roserergasse 24. (Im Auftrage der komm. Antiposition.) Druck: „Wria“, Wien, 2. Bez., Zobelstraße 52d.